

Demokratievorstellungen und Parteienverdrossenheit unter Jugendlichen in Thüringen



Landesjugendring Thüringen e.V.

Stellungnahme des Landesjugendring Thüringen e.V.

Der Landesjugendring Thüringen e.V. hat die Studie der Universität Erfurt zu Demokratievorstellungen und Parteienverdrossenheit von Jugendlichen in Thüringen in Auftrag gegeben. An der freiwilligen schriftlichen Befragung nahmen 3.327 Jugendliche aus Thüringen teil. Damit wird es erstmals möglich, die Demokratievorstellungen und Parteienverdrossenheit der jungen Generation Thüringens statistisch abzubilden und ihre Ursachen kritisch zu hinterfragen. Bereits dies ist ein wichtiger Schritt, um junge Menschen stärker als bisher in den Mittelpunkt von Politik zu stellen. Der Landesjugendring Thüringen e.V. bezieht mit den nachfolgenden Ausführungen Stellung zu den Ergebnissen der Studie und zeigt Handlungsoptionen auf, wie der Parteienverdrossenheit entgegengewirkt werden kann.

Seid wahr! – Erwartungen an Parteien

In einem parlamentarischen Regierungssystem sind Demokratievorstellungen geprägt durch Erwartungen an Parteien. Die Universität Erfurt untersucht in ihrer Studie, inwieweit die Jugendlichen 17 verschiedenen normativen Erwartungen an Parteien in einer Demokratie zustimmen. Im Ergebnis zeigt sich, dass sie von Parteien allen voran erwarten, dass diese *wahrhaftig sind* und *Konsense anstreben* (S. 38). Aufgrund der Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Erwartungen können diese „durchaus in Widerspruch zueinander geraten und so Konflikte erzeugen“ (S. 66). Parteien stehen hier deshalb auch insofern vor einer „Enttäuschungs Falle“, da die Erfüllung bestimmter Erwartungen zu Enttäuschungen anderer Erwartungen führen kann (S. 64). Es geht für die Parteien deshalb nicht ausschließlich darum, möglichst vielen Erwartungen weitestgehend gerecht zu werden, sondern Prozesse so transparent zu gestalten, dass die mit politischen Entscheidungen immer auch verbundenen enttäuschten Erwartungen für alle Menschen und Generationen tatsächlich nachvollziehbar und bewertbar werden.

Bei einigen normativen Erwartungen an die Parteien besteht zwar eine große Divergenz der befragten Jugendlichen gegenüber ihren tatsächlichen Erfahrungen mit der Demokratie in Deutschland (S. 41). Allerdings tritt auch der umgekehrte Effekt auf, u.a. bei den Erwartungen „globales Wohlergehen bevorzugen“ und „am Gemeinwohl orientieren“. Hier sind die Erwartungen der befragten Jugendlichen wesentlich niedriger als ihre tatsächlichen Erfahrungen mit den Parteien. Wenngleich dies nicht zu signifikanten Enttäuschungen bei den Jugendlichen führt, sollte nicht unerwähnt bleiben, dass sich Parteien in den Augen der jungen Menschen stärker dafür engagieren, als dass sie diese Erwartung an sie haben.

Mit Blick darauf, welchen Einfluss enttäuschte Erwartungen auf das Parteienvertrauen haben, ist zu erkennen, dass gerade die Enttäuschungen von an *liberalen* Demokratievorstellungen

orientierten Erwartungen den größten Effekt auf das Parteienvertrauen der Jugendlichen haben. Diese Bedeutung liberaler Demokratieerwartungen für das Parteienvertrauen unter Jugendlichen ist historisch gewachsen und geprägt durch die bis jetzt praktizierte politische Bildungsarbeit.

Zentrales Wirkinstrument von Politik im Allgemeinen und der Parteien im Besonderen ist Macht. Die Frage nach Macht und Nicht-Macht bestimmt mithin nicht selten, besonders in Zeiten vor Wahlen, die politischen Debatten. Kurzgesagt, was Stimmen und damit Macht bringt, wird vertreten. Es besteht damit allerdings die Gefahr, dass Parteien lediglich versuchen, normative Erwartungen zu erfüllen oder zu Entscheidungen neigen, die den Bürger*innen vermeintlich näher sind (S. 60)¹, unabhängig von ihrer eigenen Programmatik. Politische Bildung sollte deshalb bereits dort ansetzen und Demokratieerwartungen kritisch reflektieren. Es geht darum, Vertrauen in die Systemrationalität der Demokratie zu entwickeln, mit Enttäuschungen und „Enttäuschungsfallen“ (S. 64) umzugehen und normative Erwartungen an die Demokratie nicht mit unbedingtem Geltungsanspruch zu verabsolutieren.

Vertrauen in und Verantwortung der Parteien

Durch die vorliegende Studie kann festgestellt werden, dass die deutliche Mehrheit der Jugendlichen in Thüringen Parteien im Grunde eher wenig vertrauen; im Ergebnis aber nicht mehr oder weniger parteienverdrossen sind als junge Menschen in anderen Regionen Deutschlands. Dass Jugendliche, wie andere Altersgruppen im Übrigen auch, Parteien wenig Vertrauen schenken, ist per se noch kein hinreichender Grund zur Problematisierung. Allerdings besteht die Gefahr, dass ein geringes Vertrauen in Parteien in Demokratieskepsis umschlagen kann (S. 28, 66). Gerade in Zeiten, in denen Menschen die Demokratie als beste Staatsform zunehmend infrage stellen², gilt es, diese Entwicklung nicht nur schweigend zu beobachten, sondern Akzente in der Bildungsarbeit zu setzen, die Demokratie in all ihren Facetten theoretisch wie praktisch erfahr- und erlebbar machen. Als Grundbedingung für das aktive Einbringen und Mitgestalten unserer Gesellschaft muss es das Ziel sein, den Strukturen und Prozessen der Demokratie weitestgehend zu vertrauen.

Die Studie kommt im Weiteren zu dem Schluss, dass die Parteien das ihnen entgegengebrachte Vertrauen nicht ausschließlich in der eigenen Hand haben, sondern vielmehr Faktoren relevant werden, auf die sie lediglich mittelbar, bspw. durch Stärkung der Demokratiebildung, einen Einfluss ausüben. Nichtsdestotrotz sind die Parteien auf allen politischen Ebenen in der Verantwortung, das ihnen entgegengebrachte Vertrauen und damit die Demokratie an sich zu stärken. Hierfür müssen die Parteien insbesondere ihre unzureichende Unterscheidbarkeit,³ beispielsweise durch eine Schärfung politischer Profile, durchbrechen. Unsere Demokratie ist geprägt durch politische Pluralität und parlamentarische Konkurrenz, die sich auch darin äu-

¹ Deutlich wird dies insbesondere bei den Demokratievorstellungen *Freiheit und Frieden im Innern sichern* und *Zustimmung des Einzelnen*.

² Vgl. u.a. Wüllenkemper 2019; Zick et al. 2019, S. 280.

³ Leif 2016.

ßert, dass Parteien gemäß ihrer jeweiligen Werte und ideologischen Vorstellungen verschiedene Wege der Lösung politischer Probleme anbieten. Werden Unterschiede der Parteien aber eingeebnet, funktioniert die von Dahrendorf so bezeichnete „Integration durch Konflikt“⁴ nicht mehr hinreichend. Die Parteien aller Couleur sind von daher in der Verantwortung, als Arenen der politischen Willensbildung eindeutige Wahlalternativen zu sein.⁵

Einflussfaktoren auf das Parteienvertrauen

Im Rahmen der Untersuchung kann herausgearbeitet werden, dass der Bildungshintergrund und die besuchte Schulform der Jugendlichen einen geringeren Einfluss auf die Parteienverdrossenheit haben, als andere Studien dies bisweilen vermuten ließen (S. 61). Damit verliert die These, dass primär der formale Bildungserfolg demokratiefreundliche Einstellungen bedingt, an Bedeutung. Vielmehr rückt das eigene Erleben von Demokratie(-strukturen) und die damit verbundenen Enttäuschungen, unabhängig vom Bildungshintergrund, in den Vordergrund. Es bedarf folglich schul- und verbandsübergreifend einer intensiveren Auseinandersetzung damit, was Jugendliche von Politik und Demokratie erwarten und welche Enttäuschungen sie dabei erleben.

Darüber hinaus zeigt sich, dass je besser die Jugendlichen ihre ökonomische Situation beurteilen, desto mehr steigt ihr Vertrauen in die Parteien. Insofern ist die Politik in der Frage nach mehr Parteienvertrauen auch gefordert, Rahmenbedingungen für die Familien im Freistaat zu schaffen, die ihnen ein finanziell gesichertes Leben ermöglichen. Der Landesjugendring Thüringen e.V. hat diesbezüglich bereits im „Gemeinsamen Sozialen Wort“ aus den Jahren 2008 und 2010⁶ darauf aufmerksam gemacht, die Kinderarmut unverzüglich zu überwinden und darauf aufbauend 2017 ein elternunabhängiges Grundeinkommen für junge Menschen gefordert.⁷

Durch die Studie kann auch aufgezeigt werden, dass die Mitarbeit in einem Jugendverband das Parteienvertrauen junger Menschen erhöht (S. 58). Die Jugendverbände verstehen sich seit jeher als ein zentraler Akteur im Vermitteln und Erleben von Demokratie. Der Landesjugendring Thüringen begrüßt insofern diese empirische Evidenz⁸, die die Bedeutung der Jugendverbände in unserem gesellschaftlichen und politischen Miteinander unterstreicht.

Jugend - Politik - Sozialisation

Die politischen Themenbereiche, die unter Jugendlichen in Thüringen eine besonders hohe Relevanz genießen, sind erstens *Bildung, Wissenschaft und Forschung*, zweitens *Kinder und*

⁴ Vgl. Dahrendorf 1975, S. 161 f.

⁵ Vgl. Bude 2018, S. 11.

⁶ Vgl. Landesjugendring Thüringen e.V. 2008, 2010.

⁷ Landesjugendring Thüringen e.V. 2017.

⁸ Empirische Evidenz liegt vor, wenn die getroffene Aussage durch in der Vergangenheit gesammelte Daten bzw. Erfahrungen belegt wird. Oft werden dafür statistische Methoden herangezogen, um die Signifikanz der Daten, also deren Verlässlichkeit, zu bestimmen.

Familie sowie drittens *Frieden und Entwicklungshilfe* (S. 33). Es geht den Jugendlichen in Thüringen also mehrheitlich darum, der heranwachsenden Generation positive Bildungs- und Forschungsbedingungen in einer friedvollen Welt zu ermöglichen.

Bedeutend ist auch die Erkenntnis, in welchen Kontexten sich Jugendliche politisch austauschen und orientieren. Die Mehrheit der befragten Jugendlichen gibt an, dass sie in ihrer politischen Meinung sowohl mit ihrem Elternhaus als auch mit ihrem Freundeskreis übereinstimmen. Es zeigt sich weiterführend der Zusammenhang, dass Jugendliche, die mit ihren Eltern in politischen Fragen übereinstimmen, Parteien mehr vertrauen. Durch die Studie konnte zudem herausgearbeitet werden, dass junge Menschen überwiegend in ihren Familien politisch diskutieren (S. 43, 58). Dies liefert Indizien dafür, dass der außerfamiliäre Diskursraum, in dem politische Unkenntnis erlaubt ist und wertschätzend reflektiert werden kann, nicht genutzt oder nicht attraktiv genug ist oder gänzlich fehlt. Den Raum für politische Diskussion gilt es auch außerhalb der Familie zu ermöglichen, um der Mehrdimensionalität politischer Ansichten Rechnung zu tragen. Es kann dabei aber keineswegs darum gehen, die Familie als einen der primären Orte der politischen Sozialisation zu ersetzen, sondern junge Menschen in diesem Prozess so zu unterstützen, dass ihnen Denk- und Handlungsalternativen aufgezeigt und folglich Selbstbildungs- und Selbstreflexionsprozesse gefördert werden.

Weiterführend muss die Partizipation an politischen Entscheidungen angestrebt werden, um die politische Selbstwirksamkeit von Jugendlichen stetig zu erhöhen. Denn jene unter ihnen, die sich verstärkt für Politik interessieren und sich in der Lage sehen, Politik tatsächlich zu beeinflussen, vertrauen Parteien mehr (S. 57 f.).

Demokratiebildung als Grundstein unseres Zusammenlebens

Demokratiebildung ist seit der Veröffentlichung des 15. Kinder- und Jugendberichts in aller Munde, denn darin fordert die Bundesregierung - in bis dahin ungewohnter Deutlichkeit - die Stärkung der Demokratiebildung:

„Perspektivisch müssten neue, attraktive Formen der Vermittlung demokratischer Werte entwickelt werden, die sich verstärkt auch als ‚Demokratiebildung‘ verstehen. Offene Diskussion, Toleranz gegenüber anderen Meinungen und Auffassungen, die Befähigung zu Kompromissen und zur Akzeptanz mehrheitlicher Entscheidungen sowie zur Wahrung von Minderheitenrechten müssen dabei die zentralen Inhalte sein.“⁹

Die Bundesregierung zielt mit einer Stärkung der Demokratiebildung auf zwei Aspekte. Zum einen sollen Kompetenzen vermittelt werden, die auf die Rolle als mündige*r Staatsbürger*in vorbereiten. Zum anderen dient mehr Demokratiebildung als präventive und auch intervenierende Maßnahme gegen demokratiefeindliche Überzeugungen.

Oskar Negt beschreibt „Demokratie [als] die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – immer wieder, tagtäglich und bis ins hohe Alter hinein“¹⁰. Demnach

⁹ BMFSFJ 2017, S. 27.

¹⁰ Negt 2016, S. 13.

handelt es sich bei der Demokratiebildung um eine *lebenslange* Aufgabe und weniger ein temporäres Projekt, wenngleich diese immer das Potenzial haben, besondere Lern- und Aufmerksamkeitsimpulse zu setzen und folglich nicht aufgegeben werden sollten. Es wird allerdings vielmehr darauf ankommen, Projekte ins Leben zu rufen, die es zum Ziel haben, Struktur und Habitus von Institutionen und Akteuren langfristig demokratiefördernder zu gestalten.

Gerhard Himmelmann unterscheidet Demokratie als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform.¹¹ Darauf aufbauend können als Demokratiebildung „alle Prozesse zur Aneignung demokratischer Wissens-, Urteils-, Handlungs- und Vermittlungskompetenz [...], insofern diese selbst partizipativ gestaltet sind, vielfältige Perspektiven und diskriminierungsfreie Beteiligungsformen ermöglichen“¹² verstanden werden. Die nachfolgende Tabelle zeigt auf, inwieweit die unterschiedlichen Inhalte der Demokratiebildung in den Bildungsabschnitten zu priorisieren sind. Desto mehr Kreuze, umso intensiver sollten entsprechende Bildungsformate den jeweiligen Bereich thematisieren.

	Demokratie als		
	Lebensform (personale, soziale, moralische Voraussetzungen)	Gesellschaftsform (Pluralismus, Konflikt, Konkurrenz, Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft)	Herrschaftsform (Demokratie/Politik, Macht, Kontrolle, Menschenrechte, Volkssouveränität, Recht, Entscheidungsverfahren)
Ziel	„Selbst“-Lernen	Soziales Lernen	Politik-Lernen
Grundschule	xxx	xx	x
Sek. I	xx	xxx	xx
Sek. II	x	xx	xxx

Tab. 1: Schwerpunktsetzung der Demokratiebildung¹³

Auch wenn Demokratiebildung in ihrem Wesen nach als lebenslange Aufgabe zu verstehen ist, so werden bedeutende Voraussetzungen im Kindes- und Jugendalter gelegt. Es wäre insofern falsch, davon auszugehen, dass Demokratiebildung wie auf „Knopfdruck“ erst ab einem bestimmten Alter oder einer Klassenstufe ansetzen sollte. Demokratie zu erleben, ist zunächst einmal altersunabhängig, in Bildungskontexten sollten aber, je nach Alter, unterschiedliche Schwerpunkte und Methoden eingesetzt werden. So setzt beispielsweise die anspruchsvolle Fähigkeit, Normen und Erwartungen (an die Demokratie) kritisch reflektieren zu können, ein Urteilsvermögen voraus, dass im Regelfall nicht vor der frühen Pubertät erreicht wird.¹⁴ Als Weiterentwicklung des Modells von Himmelmann, gerade unter Berücksichtigung des Umstandes, dass in Thüringen das aktive Wahlrecht bei Kommunalwahlen ab 16 Jahren besteht,

¹¹ Vgl. Himmelmann 2016, S. 37.

¹² Damerau et al. 2017, S. 2.

¹³ Vgl. Himmelmann 2016, S. 269, erweitert um ein x bei Sekundarstufe I - Herrschaftsform.

¹⁴ Vgl. Siegler et al. 2016, S. 533 ff.

vertritt der Landesjugendring Thüringen e.V. die Ansicht, das „Politik-Lernen“ in der Sekundarstufe I stärker und früher als bisher zu berücksichtigen. Letztlich geht es eben auch darum, systematisches Grundwissen zu vermitteln, denn „[n]ur wer die Grundzüge der [...] institutionellen Ausgestaltung der Demokratie [...] kennt, wird [...] wenigstens die einfacheren Spielzüge der gewählten Politiker[*innen, L]RT] nachvollziehen können oder in der Lage sein, sich selbst halbwegs wirkungsvoll bemerkbar zu machen“¹⁵.

Mit der Unterscheidung in Demokratie als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform und damit verbundenen Kompetenzen wird deutlich, dass Demokratiebildung vielfältige Perspektiven einnimmt. Insgesamt muss sich die politische Bildungsarbeit folglich verändern und nicht ausschließlich auf technokratisches politisches Wissen abzielen, sondern eine reflexive Auseinandersetzung von eigenen Erfahrungen und Erfahrungen anderer mit Politik und ihren Prozessen arrangieren.

Demokratiebildung durch Demokratieerleben

Die Schulen sind auf den ersten Blick der zentrale Lernort politischer Bildung. Dass sie diesen Anspruch allerdings nicht ausreichend erfüllen können, zeigt das aktuelle Ranking Politische Bildung 2018,¹⁶ in dem u.a. Thüringen ein unterdurchschnittliches Zeugnis ausgestellt wird. Auffällig ist, dass nicht nur das Leitfach der politischen Bildung – in Thüringen das Fach Sozialkunde – wenig Unterrichtszeit eingeräumt wird, sondern auch den weiteren Lernbereichen der „Gesellschaftslehre“ – Geschichte, Geografie, den Fächern des Bereiches Arbeit-Wirtschaft-Technik sowie Ethik und Religion.¹⁷ Dies irritiert insbesondere deshalb, da gerade der gesellschaftswissenschaftliche Bereich in den letzten Jahren immens an Inhalten und Komplexität zugenommen hat. Zugleich sei angemerkt, dass politische Bildung auch in vermeintlich fachfremden Bereichen umgesetzt werden kann, beispielsweise bei der Auswahl der Leselektüre in den Fächern Deutsch oder Englisch. Es ist sicherlich nicht unzutraglich, politische Bildung fächerübergreifend in Schulen zu thematisieren¹⁸, aber letztlich sollten sich Schulen weniger als ausschließliche „Lehranstalten“, sondern als „demokratische Lern- und Lebensorte“ für junge Menschen verstehen.¹⁹

¹⁵ Patzelt 2005, S. 31.

¹⁶ Vgl. Gökbudak/Hedtke 2019, S. 1.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 13.

¹⁸ Auszug aus dem Thüringer Schulportal: „Politische Bildung und Demokratieerziehung zielen auf Kompetenzentwicklung mit dem Ziel, dem Individuum zu ermöglichen, soziale Prozesse als handelndes Subjekt bewusst, zielstrebig und kompetent mitzugestalten, eigenverantwortlich politisch zu handeln. Kompetentes Handeln geschieht nicht zuletzt auch auf der Basis entsprechender sachlicher Kenntnisse und methodischer Fähigkeiten. Deshalb ist und bleibt natürlich der Unterricht eine wichtige Instanz politischer Bildung. Dies betrifft zum einen die Fächer der gesellschafts- und humanwissenschaftlichen Fächergruppe. Letztlich sind politische Bildung und Demokratieerziehung aber Aufgabe aller Fächer. Neben Sozialkunde sind Geschichte, Geografie, Religionslehre, Ethik und die Fächer des Bereiches Arbeit-Wirtschaft-Technik durch viele Schnittmengen mit dem Politischen gekennzeichnet.“

¹⁹ Vgl. Landesjugendring Thüringen e.V. 2019, S. 5.

Im Unterricht bleibt die eigentlich zentrale Frage der politischen Bildung „*Wie wollen wir gemeinsam zusammen leben?*“ oft unterbelichtet. Gerade diese Frage gilt es aber, unter Berücksichtigung aktueller und historischer Bedingungen, gemeinsam mit jungen Menschen zu bearbeiten.²⁰ Allerdings hat in der Diskussion um die politische Bildungsarbeit die Auslegung des „Beutelsbacher Konsens“²¹ (hier insbesondere das Kontroversitätsgebot) eine vorherrschende Rolle eingenommen und führt im Ergebnis nicht selten dazu, dass die politische Bildung die Institutionen- und Verfahrensebene nicht überwindet. Die diskursiv-kontroverse Auseinandersetzung mit den inhaltlichen Fragen von Politik einerseits und die Schaffung von Situationen, die eigene Erfahrungen mit demokratischen Prozessen ermöglichen andererseits, gilt es deshalb konsequenter zu verfolgen.

Ausgehend von der Überlegung, dass Demokratie am besten in *aktiven* Prozessen erfahren werden kann,²² sind entweder die (Innovations-)Ansprüche an die Methoden von demokratiebildenden Formaten besonders hoch²³ oder es bedarf der Antwort auf die grundlegende Frage, wo Menschen Demokratie erleben können, weil sie dort Demokrat*innen sein dürfen. Hierbei rücken die Jugendverbände in den Mittelpunkt der Überlegungen, da, anders als an anderen (vermeintlich) demokratischen Orten, Demokratie aufgrund (ehrenamtlicher) verbandlicher Strukturen sowohl als Lebens- als auch als Herrschaftsform umgesetzt und unmittelbar, da mitgestaltbar, erfahrbar wird. Die positiven Effekte der Jugendverbände auf das Parteienvertrauen der Jugendlichen in Thüringen konnte im Rahmen der Studie explizit festgestellt werden (S. 58). Aus diesem Grund sind die Jugendverbände als „Werkstätten der Demokratie“²⁴ stärker zu fördern. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, bedarf es ausreichend haupt- wie ehrenamtlicher Kräfte, die es vermögen, das Demokratisierungspotenzial der Jugendverbände zu erhalten und auszuweiten. Eine demokratiefördernde Rahmung auf struktureller wie personaler Ebene ist allerdings auch in den Schulen als einer der zeitintensivsten Sozialisationsorte junger Menschen zu integrieren. Hierzu hat die Vollversammlung des Landesjugendring Thüringen e.V. das Positionspapier, einschließlich konkreter Handlungsempfehlungen, zur Demokratisierung von Schulen in Thüringen²⁵ einstimmig beschlossen. Das Leben junger Menschen findet in ihrem unmittelbaren sozialräumlichen Umfeld statt, insofern gewinnt im Spiegel der Eigenständigen Jugendpolitik vor allem die kommunale Ebene an Bedeutung. Die Schulen sind angehalten, sich im Sinne einer erfahrungsorientierten politi-

²⁰ Vgl. Bude 2018, S. 11.

²¹ Der Beutelsbacher Konsens wurde 1976 als Ergebnis der Tagung der Landeszentrale für Politische Bildung in Baden-Württemberg über die politischen und didaktischen Inhalte der Lehrpläne für politische Bildung erzielt. Er beinhaltet drei Grundsätze: Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und Analysefähigkeit/Interessenlage der Schüler*innen.

²² Vgl. Scheer/Sturzenhecker 2014, S. 375.

²³ Vgl. Bude 2018, S. 12.

²⁴ Vgl. Deutscher Bundesjugendring 2019.

²⁵ Landesjugendring Thüringen e.V. 2018.

schen Bildung verstärkt ihrem direkten Sozialraum zu öffnen und damit den Transfer des Lernens aus der Schule heraus zu ermöglichen.²⁶ Hierfür können Synergieeffekte zwischen Schulen und Jugendverbänden durch gezielte Kooperationen genutzt werden.

Um demokratiekonstitutive Bildungsprozesse zu initiieren, bedarf es neben inhaltlichen und strukturellen Modifizierungen vor allem Jugendgruppenleiter*innen, Teamer*innen und Lehrpersonen, die sich als demokratische Vorbilder (Sozialkognitive Lerntheorie) für junge Menschen verstehen.²⁷ Diese Überzeugung teilt auch die Kultusministerkonferenz, die sich Ende 2018 hierzu eindeutig positionierte: „Demokratie braucht überzeugte und engagierte Demokratinnen und Demokraten.“²⁸ Um den genannten Personenkreis allerdings nicht allein mit dieser anspruchsvollen Aufgabe zu lassen, sollten arbeitsfeldbezogener Qualifizierungsmöglichkeiten auf dem Gebiet der Demokratiebildung eingerichtet werden.

Schlussfolgerungen aus Sicht des Landesjugendring Thüringen e.V.

Die Studie der Universität Erfurt zu Demokratievorstellungen und Parteienverdrossenheit unter Jugendlichen in Thüringen hat Hinweise dafür geliefert, wie das Vertrauen junger Menschen in Parteien nachhaltig gesteigert werden kann. Es ist grundsätzlich festzuhalten, dass Politik, Schulen, Jugendverbände, Träger der Erwachsenenbildung, die Offene Kinder- und Jugendarbeit sowie Zivilgesellschaft gleichermaßen in der Verantwortung stehen, die Demokratiebildung in Thüringen weiter voranzubringen und darauf aufbauend das Vertrauen der jungen Menschen in Politik und Parteien und damit in unsere Demokratie zu erhöhen.

Nachfolgend sind Handlungsimpulse für unterschiedliche Akteure aus Sicht des Landesjugendring Thüringen e.V. zusammengefasst.

Allgemein

- Demokratiebildung muss Gelegenheiten schaffen, Demokratie vermehrt als Herrschaftsform und nicht nur als Lebensform erlebbar zu machen vermitteln.
- Demokratiebildung ist eine anspruchsvolle Aufgabe und bedarf einer angemessenen personellen Ausstattung.
- Darüber hinaus gilt es, mehr Qualifizierungsmöglichkeiten auf dem Gebiet der Demokratiebildung in Ausbildung, Studium sowie in Fort- und Weiterbildungen zu ermöglichen.

Parteien/Politik

- Parteien sehen sich einer Vielzahl unterschiedlicher Erwartungen gegenübergestellt, die sie gar nicht alle erfüllen können („Enttäuschungsfallen“). Dennoch sind die Parteien in der Verantwortung Enttäuschungen nicht zu provozieren, beispielsweise durch nicht gehaltene/einlösbare Wahlversprechen.
- Parteien sind angehalten politische Entscheidungen durch mehr Transparenz nachvollziehbar zu vermitteln.

²⁶ Vgl. Lindner 2016, S. 222 f.

²⁷ Vgl. Himmelmann 2016, S. 25.

²⁸ Kultusministerkonferenz 2018, S. 2.

- Politische Programme und Positionen müssen für Wahlberechtigte unterscheidbar sein. Insofern sollten die Parteien ihre Profile schärfen und nicht allein aus Machterwägungen heraus agieren.
- Politische Mitbestimmung junger Menschen muss gefördert und an deren Lebenssituationen angepasst sein, beispielsweise bei den Zeiten von Ausschusssitzungen.
- Umso besser junge Menschen ihre eigene finanzielle Situation beurteilen, umso höher ist ihr Parteienvertrauen. Parteien sind deshalb aufgefordert jungen Menschen ein finanziell abgesichertes Leben zu ermöglichen.

Schulen

- Die Schulen sollten Demokratie nicht nur lehren, sondern sie durch eine demokratische Schulkultur erlebbar machen. Das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport steht in der Verantwortung, die Rahmenbedingungen dafür gesetzlich zu verankern.
- Schulen sollten sich ihrem unmittelbaren zivilgesellschaftlichen und politischen Sozialraum öffnen.
- Die politische Bildung an Schulen sollte mit Blick auf das Wahlrecht ab 16 Jahren bei Kommunalwahlen ab Beginn der Sekundarstufe ansetzen.
- Das aktuelle „Politik-Lernen“ als Verfahrens- und Institutionenlehre muss um die kritische Auseinandersetzung mit Demokratievorstellungen und damit verbundenen Enttäuschungen erweitert werden.

Jugendverbände

- Es bedarf einer Verstetigung und ggf. neuer Angebotsformate der Demokratiebildung und der diskursiven Auseinandersetzung mit und über Politik, um die politische Kommunikation auch außerhalb der Familie für Jugendliche anzuregen, zu ermöglichen und auszubauen.
- Die Jugendverbände sind aufgerufen ihr Demokratiebildungspotenzial in die Schulen zu bringen, an einer veränderten Schulkultur mitzuwirken und Möglichkeiten für Aneignung und Mitbestimmung zu eröffnen. Die Politik steht dabei in der Verantwortung die Arbeit der Jugendverbände zu unterstützen.
- Über die Hälfte der Jugendlichen in Thüringen sind in einem Jugendverband engagiert. Es konnte festgestellt werden, dass die Mitarbeit in einem Jugendverband das Parteienvertrauen erhöht (S. 34). Jugendverbände sind zentrale Orte der demokratischen und politischen Bildung in Thüringen. Demokratiebildung fördern, heißt Jugendverbände stärken.

Literaturverzeichnis

- BMFSFJ [Hrsg.] (2016): Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung. Online verfügbar unter <https://www.bmfsfj.de/blob/109002/5278d578ff8c59a19d4bef9fe4c034d8/strategie-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-und-demokratieforderung-data.pdf>, zuletzt geprüft am 12.04.2019.
- BMFSFJ [Hrsg.] (2017): 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Online verfügbar unter <https://www.bmfsfj.de/blob/115438/d7ed644e1b7fac4f9266191459903c62/15-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>, zuletzt geprüft am 12.04.2019.
- Bude, Heinz (2018): >>Politische Bildung muss Demokratie als Lebensform begreifen<<. In: *DJI Impulse* (1), S. 10–13. Online verfügbar unter https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bulletin/d_bull_d/bull119_d/DJI_Impulse119_PolitischeBildung.pdf, zuletzt geprüft am 16.04.2019.
- Dahrendorf, Ralf (1975): Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. 4. Auflage. München: Piper.
- Damerau, Frederik/May, Michael/Patz, Janine (2017): Demokratiebildung in Professionalisierungsprozessen. Eine Analyse der Thüringer Ausbildungssituation in ausgewählten Regelstrukturen sozialer Berufe. Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung & gesellschaftliche Integration. Jena. Online verfügbar unter https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/Literatur/Demokratiebildung_KomRex2017+Druckversion+II-p-390.pdf, zuletzt geprüft am 16.04.2019.
- Deutscher Bundesjugendring (2019): Das war unser Barcamp 2019 WERKSTATT DER DEMOKRATIE. Online verfügbar unter <https://www.dbjr.de/artikel/das-war-unser-barcamp-2019-werkstatt-der-demokratie/>, zuletzt geprüft am 26.04.2019.
- Gökbudak, Mahir/Hedtke, Reinhold (2019): Ranking Politische Bildung 2018. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich. hrsg. von Reinhold Hedtke und Bettina Zurstrassen. Universität Bielefeld. Didaktik der Sozialwissenschaften. Bielefeld. Online verfügbar unter https://pub.uni-bielefeld.de/download/2934293/2934488/G%C3%B6kbudak_Hedtke_Ranking-PB_2018_final_online.pdf, zuletzt geprüft am 03.04.2019.
- Himmelmann, Gerhard (2016): Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Arbeitsbuch. 4. Auflage. Schwalbach/Ts.: Wochenschauverlag.
- Kultusministerkonferenz (2018): Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009 i. d. F. vom 11.10.2018. Online verfügbar unter https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2018/Beschluss_Demokratieerziehung.pdf, zuletzt geprüft am 08.05.2019.
- Landesjugendring Thüringen e.V. (2008): Gemeinsames Soziales Wort. Zur Kinderarmut in Thüringen. Erfurt. Online verfügbar unter https://ljrt.de/downloads/Publikationen/Gemeinsames_Soziales_Wort.pdf, zuletzt geprüft am 13.05.2019.
- Landesjugendring Thüringen e.V. (2010): Gemeinsames Soziales Wort. Bildung ist ein Schlüssel zur Überwindung der Kinderarmut in Thüringen. Erfurt. Online verfügbar unter https://ljrt.de/downloads/Publikationen/Gemeinsames_Wort_Bildung_14042010.pdf, zuletzt geprüft am 13.05.2019.
- Landesjugendring Thüringen e.V. (2017): Elternunabhängiges Grundeinkommen. Online verfügbar unter <https://ljrt.de/downloads/LJRT/Beschlusse/41-VV-Elternunabhaengiges-Grundeinkommen-25112017.pdf>, zuletzt geprüft am 25.04.2019.
- Landesjugendring Thüringen e.V. (2018): Demokratisierung von Schulen in Thüringen. Online verfügbar unter https://ljrt.de/downloads/LJRT/Beschlusse/42VV-TOP-05_Demokratisierung-von-Schulen.pdf, zuletzt geprüft am 17.04.2019.
- Landesjugendring Thüringen e.V. (2019): Stellungnahme des Landesjugendring Thüringen e.V. zum Thüringer Gesetz zur Weiterentwicklung des Schulwesens. Online verfügbar unter https://ljrt.de/downloads/LJRT/Stellungnahmen/Stellungnahme_ThuerSchulG-30012019.pdf, zuletzt geprüft am 08.05.2019.

- Leif, Thomas (2016): Warum deutsche Politiker so unpopulär sind. In: *ZEIT ONLINE*, 31.12.2016. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/politik/2016-12/politikverdrossenheit-demokratie-debatte-entfremdung-waehler-populismus/komplettansicht>, zuletzt geprüft am 09.04.2019.
- Lindner, Werner (2016): „Prepare to lose control“. Grenzen und Möglichkeiten von Partizipation in der Kooperation mit Schule. In: *deutsche jugend* 64 (5), S. 218–225.
- Negt, Oskar (2016): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen: Steidl.
- Patzelt, Werner (2005): Demokratie in Deutschland. Folgerungen für die politische Bildung. In: Himmelmann, Gerhard/Lange, Dirk [Hrsg.]: *Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 27–38.
- Scheer, Albert/Sturzenhecker, Benedikt (2014): Jugendarbeit verkehrt. Thesen gegen die Abwicklung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit durch ihre Fachkräfte. In: *deutsche jugend* 62 (9), S. 369–376.
- Siegler, Robert S./Eisenberg, Nancy/DeLoache, Judy S./Saffran, Jenny (2016): *Entwicklungspsychologie im Kindes- und Jugendalter*. 4. Auflage. hrsg. von Sabina Pauen. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Wüllenkemper, Cornelius (2019): Die neue Rechte und die Erinnerung an die DDR. In: *Deutschlandfunk*, 31.01.2019. Online verfügbar unter https://www.deutschlandfunk.de/demokratieverstaendnis-die-neue-rechte-und-die-erinnerung.1148.de.html?dram:article_id=439802, zuletzt geprüft am 09.04.2019.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019): *Verlorene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/2019*. hrsg. von Friedrich-Ebert-Stiftung. Online verfügbar unter <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=39612&token=c976c48f6e98113e7e79e3f74a3cd4bc84880d4e>, zuletzt geprüft am 08.05.2019.